



Kreisgruppe Saalfeld nimmt Stellung zum Interview des Innenministers mit der TA am 14.12.2010

Neuer Innenminister Geibert über möglichen Polizisten-Mangel



Thüringens Innenminister Jörg Geibert meint, wenn er sich nicht durchsetzen kann, könnten kleinere Polizei-Dienststellen schon bald nicht mehr rund um die Uhr besetzt sein. Aber soweit will er es nicht kommen lassen. Foto: dapd

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im weiteren Fortgang haben wir ein Interview des Thüringer Innenminister mit der Thüringer Allgemeinen abgedruckt. Diese Interview macht deutlich, welche Positionen der „NEUE“ bei den Personalfragen der Thüringer Landespolizei vertritt.

Es liegt in der Natur unserer Betrachtung, dass wir den positiv prognostischen Grundaussagen zu mehr Polizei auf der Straße so nicht teilen können, das Bemühen um mehr Personal aber respektvoll erkennen.



Das Interview im Wortlaut:

Erfurt, den 14.12.2010

Jörg Geibert (47), CDU-Innenminister von Thüringen, will den geplanten Personalabbau bei der Polizei nicht hinnehmen. Zudem sprach er mit uns über eine Kreisreform bis 2014.

Die Polizeireform liegt im Landtag, für die Ihre Vorgänger mit "Mehr Grün auf die Straße" warben. Sie auch?

Unbedingt. Wenn der Landtag die Reform beschlossen hat, die ja statt sieben Direktionen nur noch eine Landespolizeidirektion vorsieht, gehen wir an den Abbau der Verwaltung. Das ist ein längerer Prozess, der auch mit dem Inkrafttreten der neuen Struktur ab Januar 2012 längst nicht abgeschlossen ist.

Wie viele Beamte genau wären dann mehr auf Streife?

Ich gehe von einigen hundert Kolleginnen und Kollegen aus, die dann zusätzlich draußen beziehungsweise in den Basisdienststellen im Einsatz sind.

Aber ihr Ministerium soll bis 2019 jede achte Stelle abbauen. Wie passt das zusammen?

Die Strukturüberlegungen sollen auch herausfinden, wieviel Polizeibeamte Thüringen benötigt, um das hohe Maß an Sicherheit zu gewährleisten. Das Ziel der Reform darf also nicht durch Personalabbau konterkariert werden, zumal Sicherheit eine vordringliche Bedeutung für diese Koalition besitzt. Wir werden also in der Regierung über den Abbaupfad reden. Das heißt, wir tun es schon - und stellen in erheblichem Umfang junge Polizisten ein.

Das klingt wie eine Kampfansage an den Finanzminister.

Ich sage mal so: Die Gespräche mit dem Finanzminister würden gewiss nicht einfach, wenn wir dauerhaft mehr Personal bräuchten, als es der Abbaupfad zulässt.

Was wäre, wenn Sie sich nicht durchsetzen?

Dann könnten wir zum Beispiel kleinere Dienststellen nicht mehr rund um die Uhr besetzen. Aber ich möchte keine unnötigen Ängste schüren. Soweit muss es ja nicht kommen.

Geld fehlt überall, auch in den Kommunen, wo immer drängender eine Gebietsreform diskutiert wird. Wo bleibt das zugehörige Gutachten?

Es wird vermutlich im Februar in Auftrag gegeben. Das Resultat könnte dann Ende des nächsten Jahres vorliegen.

Womit zumindest eine Kreisgebietsreform angesichts der 2012 anstehenden Kommunalwahlen in dieser Legislaturperiode nicht mehr möglich ist.

Was die Durchführung betrifft: ja. Ansonsten können wir natürlich die gesetzlichen Grundlagen zu einer umfassenden Gemeinde- und Kreisgebietsreform noch in dieser Wahlperiode legen, die ja erst 2014 endet. Das Umsetzen neuer Strukturen wird dann aber einige Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb besitzt die von der CDU im Landtag vorgeschlagene einmalige Verlängerung der Wahlperiode von sechs auf acht Jahre ihren Charme.

Bis dahin sind Städte wie Suhl oder Eisenach möglicherweise längst pleite.

Ich halte Suhl oder andere kreisfreie Städte nicht davon ab, sich freiwillig mit einem Kreis zusammenzuschließen. Dass die Koalition nochmals Geld für freiwillige Kommunalfusionen zur Verfügung gestellt hat, war auch ein Signal an die großen Städte.

Wie schnell kann das überhaupt gehen?

Wenn der politische Wille auf allen Seiten da ist: binnen eines Jahres.

Der Vorstand
Kreisgruppe Saalfeld

